

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Vorsitzender,

Vom 19. September bis zum 9. Oktober findet in Hamburg die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „Eine Schule für alle“ statt. DIE LINKE ist die einzige Partei, die das Volksbegehren vorbehaltlos unterstützt. Die CDU ist strikt dagegen und hat die GAL mit dem Koalitionsvertrag eingewickelt. Die SPD hat dazu noch keine oder besser gesagt, sehr viele Meinungen. So unterstützt die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für Bildung das Volksbegehren, andere sind dagegen.

Vor einigen Wochen haben wir Bezirksabgeordnete einen Brief der Schulsenatorin erhalten, in dem sie das Verfahren der Schulentwicklungskonferenzen erläutert. Im Bezirk Eimsbüttel gibt es vier Regionale Schulentwicklungskonferenzen (RSK) – drei haben schon stattgefunden. Auf der gestrigen Ausschusssitzung im SKIS wurden kritische Stimmen laut, wie z.B. „das war furchtbar“ oder „man fühlte sich von den Behörden alleingelassen“ . Bemängelt wurde auch die sogenannte Gästerolle im Bezug auf das Mitspracherecht. Tatsache ist aber, meine Damen und Herren, dass wir alle, die an den Konferenzen teilnehmen, ein Mitwirkungsrecht haben. Wir sollten in den offenen Planungsprozess eintreten. Dieser Prozess ermöglicht eine größere Beteiligung vor Ort. Das ist unsere Chance.

Am Ende sollte aus meiner Sicht herauskommen, dass es in jedem Stadtteil eine Stadtteilschule gibt. Das Thema Schule berührt uns als Bezirk also unmittelbar.

Die Schulpolitischen Sprecher/innen der GAL/SPD/CDU/FDP werden bestimmt gleich auf die Erneuerungen eingehen, die da beispielsweise sind:

- kein Sitzenbleiben der Kinder bis Klasse 10

- zentrales Unterrichtsmaterial wird für die Lehrer/innen erstellt
- es werden vermehrt Fortbildungen für Lehrer/innen angeboten
- Integrationsklassen sollen möglich sein
- Individuelle Förderung der Lernenden
- Verkleinerung der Klassen 25 (Stadtteilschule), 27 Gymn. 20 Problemviertel Kiss I+II
- Zusammenarbeit mit den Kitas

Doch aus der Sicht der Partei DIE LINKE und der Initiative zum Volksbegehren reichen diese Erneuerungen nicht aus.

Das ist Anlass genug, über das Thema Schule hier zu diskutieren.

Eine Schule für alle – Was bedeutet das?

Eine Schule für alle bedeutet, dass jedes Kind willkommen ist: Hochbegabte genauso wie Kinder mit speziellen Lernbedürfnissen oder Behinderungen. Schwächere profitieren von stärkeren Schülern und stärkere Schüler profitieren von schwächeren Schülern. Denn in der Wissensgesellschaft steigen die sozialen Kontakte, soziale Kompetenz wird immer wichtiger und zu einem entscheidenden Faktor für Unternehmen genauso wie für die Gesellschaft insgesamt und jeden Einzelnen: Die Grundlagen für das Interesse am Ehrenamt, am sozialen Engagement, an Mitbestimmung und Zivilcourage werden in der Kindheit und Jugend gelegt.

Eine Schule für alle bedeutet, dass Kinder nicht bereits mit neun Jahren in die Kategorien: klug und weniger klug eingeteilt werden. Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell und alle Studien beweisen: **Je länger gemeinsam gelernt wird, desto mehr Kinder sind in der Lage, höhere Abschlüsse wie das Abitur zu machen und desto weniger Einfluss hat der**

Bildungshintergrund und die soziale Lage der Eltern auf den Bildungserfolg der Kinder.

In einer Gemeinschaftsschule werden Kinder nach ihren individuellen Bedürfnissen ganzheitlich gefördert: Jedes Kind hat spezielle Begabungen. Musische, künstlerische, naturwissenschaftliche, soziale, geisteswissenschaftliche, sprachliche, sportliche, darstellende usw. Wir dürfen diese Begabungen nicht länger im starren Korsett des gegliederten Schulsystems verkümmern lassen.

Vernünftige Argumente gegen „Eine Schule für alle“ gibt es wenige. Stattdessen greifen konservative Kreise hier das Bauchgefühl und die Ängste ihrer eigenen Wählerklientel auf, das mir bei Gesprächen mit Bürgern und Bürgerinnen dann immer folgendermaßen mitgeteilt wird:

„Ich schicke meine Kinder doch nicht mit DENEN auf eine Schule!“

Oder anders formuliert: „Meine Kinder sollen keinen Umgang mit ASOZIALEN haben“

Manche Eltern aus den „besserern Kreisen“ wollen bewusst die Abgrenzung zu den „Schmuddelkindern“, sie wollen Elite sein und bleiben. Darauf Rücksicht zu nehmen, hieße vor der sozialen Ungerechtigkeit zu kapitulieren. Das wollen wir nicht.

In der CDU und ihrer Wählerschaft gibt es solche konservative Haltungen. Es gibt aber auch wirtschaftsliberale Kräfte in der CDU, die eher darauf schauen, wie ein Schulsystem effizient organisiert werden kann, damit es möglichst viele und möglichst gute Abschlüsse hervorbringt.

Auch bei der GAL gibt es inzwischen Menschen, die ihre Kinder nicht nur nie auf eine Gesamtschule schicken würden, sondern hinter vorgehaltener Hand das GAL Projekt „9 macht klug“ - ein Projekt, das auch eine Einheitsschule fordert, als Unsinn titulieren.

Im Koalitionsvertrag ist verabredet, dass die Grundschule in Zukunft in der Primarschule Kl. 1-6 aufgehen soll und danach zwei Säulen folgen: Das Gymnasium Kl. 7-12 einerseits, die Stadtteilschule Kl. 7-13 andererseits. Die Primarschulen können entweder selbständig sein oder an Gymnasien oder Stadtteilschulen angedockt werden. Damit besteht die Gefahr, dass das Gymnasium unverhohlen noch elitärer gemacht werden kann: Dann nämlich, wenn die Eltern schon in der Vorschule ihre Kinder bei einer - einem Gymnasium angedockten - Primarschule anmelden. So werden wir dann Primarschulen erster und zweiter Klasse haben.

Das ist die vorverlegte Auslese!

Von der grünen Schulsenatorin wird inzwischen offen über eine Quote für die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf Gymnasium -30%- und Stadtteilschule -70%- nachgedacht. Christa Goetsch weiß also bereits jetzt, dass 70% der Schülerinnen und Schüler in Hamburg zu dumm sind, um das Abitur in 12 Jahren zu schaffen. Das Gymnasium wird so zu einer Schule für Kinder der bürgerlichen Elite.

Wo bitte, meine Damen und Herren von der GAL ist da Ihr Anspruch geblieben, alle Kinder gemeinsam zu unterrichten? Sicherlich: Auch auf der Stadtteilschule wird man Abitur machen können. Das dauert zwar ein Jahr länger – als dumm eingestufte Kinder brauchen eben mehr Zeit – aber möglich ist es schon. Der grüne Anspruch, alle Kinder gemeinsam zu unterrichten, damit die Schwächeren von den Stärkeren lernen und umgekehrt: Das

findet aber nicht statt. Die grüne Jugend scheint in dieser Sache viele klüger zu sein als ihre Mutterpartei.

Fazit:

Die neue Schulstruktur der Koalition hebt die Auslese unseres Schulsystems nicht auf, sondern verlagert sie nur. Die Trennung der Kinder nach angeblichen Begabungstypen wird nur um 2 Jahre verschoben. Dann erfolgt die Aufteilung auf Stadtteilschulen und Gymnasien. Das reicht nicht.

Wir im Bezirk Eimsbüttel könnten mit einer Gemeinschaftsschule gerade die soziale Spaltung mildern und die Chancen für alle Kinder auf bessere Bildungsabschlüsse erhöhen.

Deshalb fordere ich alle Bürgerinnen und Bürger und Mitglieder der Bezirksversammlung auf, das Volksbegehren zu unterstützen!

Wir LINKE wollen Eine Schule für Alle. Investieren wir in eine Schule der Vielfalt, damit junge Menschen aufrecht, einfühlsam, selbstbewusst und solidarisch ihren Weg in die Gesellschaft finden.